

# Beilage zu No. 39 des Kreisblatt

11. Mai.

für den Kreis Westerbург

1920.

## Deutsches Reich.

### Milderung der Zwangswirtschaft in Sicht?

**Bonn, 7. Mai.** Auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine hielt der Reichsernährungsminister Hermann eine programmatische Ansprache, in der er die Aufgabe eines neugeschaffenen Ministeriums kurz umriß. Bezüglich der Zwangswirtschaft betonte er, daß sie auf bestimmten Gebieten der ernährungswichtigen Lebensmittel noch nicht entbehrt werden könne, solange das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bestehe. Das solle aber kein starres Festhalten an der Zwangswirtschaft bedeuten. Diese müsse den landwirtschaftlichen Lebensinteressen gerecht werden. Mit allem Nachdruck will der Minister eine vernünftige Preispolitik eintreten, die den Produktionskosten entspricht. Eine Reorganisation der Düngemittelbewirtschaftung stehe bevor. Die Einfuhr von Kraftfutter solle demnächst dem freien Handel gestattet werden.

**Berlin, 7. Mai.** In einer Konferenz in der Reichskartoffelstelle, bei der Vertreter des deutschen Städtetages, des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, des Verbandes der Kartoffelinteressenten und des Reichswirtschaftsministeriums anwesend waren, wurde dem bereits vor einiger Zeit aufgetauchten Projekt zugestimmt, eine Reichsreserve von etwa 100 Millionen Zentner Kartoffeln zu schaffen, welche an die Bevölkerung der Städte und der Industriestützpunkte nach einem besonderen von der Reichskartoffelstelle ausgearbeiteten Plan verteilt werden sollen.

Bei den letzten Beratungen ist man dahin übereingekommen, den Landwirten ein Anreiz für möglichst umfangreichen Kartoffelbau gewährt werden müsse. Auf den Grundpreis von 10 Mk. für den Zentner wird eine Prämie von 5 Mk. vorgeschlagen und eine Prämie von 1,50 Mark für den Kartoffelhandel, so daß also der Zentner Kartoffeln ausschließlich der Transportkosten 11,50 Mark stellen würde. Der Handel soll ausreichende Quantitäten für die Belieferung der Städte geben. Die Industriestädte und Großstädte sollen eine ausgereichendere Belieferung — man rechnet mit 6 Pfund auf den Kopf in der Woche — erhalten, die kleineren Landstädte oder gar die Dörfer. Ueber die garantierte Mindestmenge hinaus soll in den Großstädten freier Kartoffelverkauf bestehen; eine Entscheidung des Reichsernährungsministeriums über diesen Punkt steht noch aus.

### Nur Solidarität!

#### Finanzminister Wirth über Spa.

**Bresden, 8. Mai.** Vor einer Zentrumsversammlung hielt Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine große Rede über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands. Er führte u. a. aus: Ich werde jedem die Tür weisen, der mir den Gedanken des Staatsbankrotts nahelegen sollte. Wir werden nach Spa gehen und der Entente sagen, daß nur Solidarität uns helfen kann.

Das Schicksal der deutschen Mark ist auch das Schicksal des französischen Franken. Wir werden ihnen eine Kurve der Mark und eine Kurve des Frankens vorlegen. Die Faust von Joch ist das Zeichen, daß Unvernunft die Welt regiert. Wir gehen nach Spa, um offen und ehrlich aufzuklären. Wir haben nichts zu verheimlichen. Wir wollen beraten, wie Europa zu retten ist. Wenn wir aber nur zuhören sollen, was die andern beraten, dann werden wir nicht hingehen.

Der Minister fragte, wie man sich eine Zahlung von drei Milliarden Goldmark an die Entente vorstelle. Im ordentlichen Etat hätten wir Fehlbeträge bis zu 5 Milliarden Mark, im außerordentlichen Etat einen Fehlbetrag von 12 Milliarden Mark ohne Post und Eisenbahn. Die Reichseisenbahn weist einen Fehlbetrag nicht von 12, sondern von 14 Milliarden Mark auf, die Reichspost einen solchen von einer Milliarde. Das kann so weitergehen. Außer den direkten Steuern müssen auch indirekten Steuern herangezogen werden. Am Freitag sei ein Kreditabkommen mit Holland in Höhe von 200 Millionen Gulden abgeschlossen.

#### Dr. Bergen beim Papst.

**Rom, den 8. Mai.** Der Empfang des neu ernannten deutschen Botschafters, Dr. von Bergen beim Papst trug einen besonders feierlichen Charakter. Der Papst war von den würdevollsten Würdenträgern seines Stabes umgeben. Er empfing den Herrn von Bergen an sein früheres Zusammensein, als der Papst Unterstaatssekretär der Kurie und v. Bergen Legationssekretär der preussischen Gesandtschaft war. Das Gespräch bewegte sich naturgemäß um jene Tage. Der Papst zeigte sich über den deutschen Zuständen unterrichtet, denen er völlig verständnisvoll und mit unbedingter Objektivität und Neutralität gegenüberstand, wie denn auch das aufrichtige Bestreben, allen Völkern des Erdballes in gleicher Weise gerecht zu werden die Grundlage im Wesen des Papstes bilden.

## Aus dem Kreise Westerburg.

Westerburg, den 11. Mai 1920.

**Zentrumsversammlung.** Am Samstag Abend fand im Löwenstalle eine Versammlung seitens der Zentrumspartei statt. Der Redner, Herr Redakteur Creuscher aus Bimburg, entwickelte in mehr als zweistündigem Vortrag die innere und äußere politische Lage. Als Kenner besonders der amerikanischen Verhältnisse wußte er manch Neues den aufmerksam lauschenden Zuhörern vorzutragen. Seine Ausführungen bewiesen, daß der Krieg ein Handelskrieg war und nicht wie die Entente immer behauptete dem preussischen Militarismus galt. Zur Lage im Innern streifte Redner die Revolution und die Arbeiten der Nationalversammlung. Die Zentrumspartei ist Gegnerin jeden gewaltsamen Umsturzes und sei nur in die Regierung eingetreten um getreu seiner bisherigen Politik dem Vaterland zu nützen. In einer Koalition müßte jede Partei Konzessionen machen um überhaupt eine Arbeitsgemeinschaft bilden zu können. Das Zentrum sei deshalb bezüglich der wirtschaftlichen Fragen bis an das Allerbeste gegangen, dagegen könne es in kulturellen Fragen kein Jota von seinem Programm abgehen. Das Zentrum mit den Sozialdemokraten habe den Frieden mit dem Feindbündnis geschlossen, während die Demokraten ausgekniffen sind, als es galt, ein noch größeres Unglück von Deutschland abzuwenden. (Wir erinnern unsere Leser an die aufregenden Tage im Juni vorigen Jahres, wo es sich um Minuten handelte und unser Kreis wäre ganz besetzt gewesen.) Den Arbeiten der Nationalversammlung spendete Redner großes Lob; kein Parlament der Welt hätte solch Gewaltiges in so kurzer Zeit geleistet. Die erste Arbeit des neuen Reichstags sei die Verabschiedung des Schulgesetzes. Das christliche Volk muß am 6. Juni durch die Stimmzettel entscheiden ob es die christliche Schule erhalten will. Am Zentrum, als dem Vertreter der christlichen Weltanschauung, hat es seinen besten Verteidiger. Dasselbe ist keine konfessionelle Partei, es gehören ihr auch evangelische Christen in großer Zahl an. Erst in den letzten Tagen hat es aus evangelischen Kreisen das nachstehende Lob erfahren: Im „Neuen Sächsischen Kirchenblatt“ Nr. 17 vom 25. April heißt es folgendermaßen:

„Immer mehr wird man sich auch in evangelischkirchlichen Kreisen bewußt, welche Bedeutung die Zentrumspartei hat. Wenn am 9. November 1918 u. am 11. August 1919 keine Zentrumspartei dagewesen wäre und die kirchlichen Interessen hätte vertreten können, so hätte die evangelische Kirche ohne jeden Zweifel Konkurs anmelden müssen. In derselben Nummer heißt es dann weiter: Es muß noch einmal hervorgehoben werden, nicht die freundliche Stellung der drei bürgerlichen Parteien, der Deutschnationalen der Deutschen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Volkspartei, gegenüber der christlichen Kultur oder dem Christentum hat die Lage vorläufig gerettet — denn sie alle stützen sich nicht auf die Massen, die in der Demokratie den Ausschlag geben. Es war allein, das Zentrum, das der erdrückenden Macht einer politisch zusammengefaßten Masse in religiösen und kirchlichen Fragen Achtung und Zurückhaltung gebot.“

In der anschließenden Diskussion konnte Herr Creuscher die Vorhaltungen der Herren Behrer, Doh und Karl Schäfer leicht widerlegen. Beide wollten wohl nur den anwesenden Sozialdemokraten ein Kompliment machen.

**Stadtverordneten-Sitzung am 7. Mai 1920.** Das Protokoll der letzten Sitzung wurde verlesen und Einwendungen gegen seine Fassung nicht erhoben. Der Bürgermeister teilte sodann mit, daß sich der Käufer der Grafschaft Westerburg, Herr Rittergutsbesitzer Ohlemacher in Ilbenstadt bereit erklärt habe, der Stadt bezw. den hiesigen Einwohnern das in Westerburg belegene Land zum Preise von durchschnittlich 1000—1200 Mark pro Morgen zu verkaufen. Ferner teilte der Bürgermeister mit, daß der Siedlungsgenossenschaft in Wiesbaden das Vorkaufsrecht für die gesamte Besitzung, soweit landwirtschaftlicher Betrieb in Frage kommt, zusteht und diese Genossenschaft dies zu Gunsten der Stadt Westerburg ausüben will. Der Bürgermeister wird sodann beauftragt wegen Anlauf des hier belegenen Landes an zuständiger Stelle zu verhandeln. Es wurde sodann die Erbauung eines Wohnhauses aus der Behnerscheune beschlossen und soll Kostenanschlag umgehend eingefordert werden. Die Vergütung für das Reinigen der Schule wird ab 1. 4. 20 auf 800 Mk. jährlich erhöht. Desgl. wird der Zuschuß für die Krankenpflegestation auf 600 Mk. jährlich erhöht. Das Gesuch des Unternehmers Richter auf Gewährung einer Entschädigung von 2000 Mk. wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein Gesuch der städtischen Beamten auf Gewährung einer Entschuldungszulage in derselben Höhe wie sie den hiesigen Beamten gewährt wurde abgelehnt. Das Weidengeld wurde wie im vergangenen Jahre festgesetzt. Dem Bürgermeister-Bund in Berlin wurde eine außerordentliche Beihilfe von 100

Mt. bewilligt. Von dem Bullenankauf sowie deren Unterbringung bei Stepping wurde Kenntnis genommen. Der Antrag auf Einfriedigung der Grundstücke „am Kemel“ wurde abgelehnt. Notgeld soll nicht beschafft werden.

**Kapitalertragsteuer.** Zur Behebung weit verbreiteter Zweifel über die Steuerbefreiung nach § 3 des Kapitalertragsteuer-Gesetzes wird darauf hingewiesen, daß nach der vorläufigen Vollzugsanweisung der Schuldner der Hypotheken oder sonstigen Darlehenszinsen an Sparkassen, Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungsunternehmungen, unter Staatsaufsicht stehende Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken, öffentlich rechtliche Kreditanstalten, Kreditgenossenschaften sowie Banken oder Bankiers schuldet, dieselben ohne Steuerabzug auszusahlen hat. In allen übrigen Fällen — insbesondere also bei an Private geschuldeten Hypotheken- und sonstigen Darlehenszinsen — hat er die Steuer abzuführen, auch dann, wenn im einzelnen Fall der Gläubiger nach § 3 des Gesetzes von der Steuer befreit ist; diesem ist es vielmehr überlassen, nachträglich Erstattung der gezahlten Steuer zu verlangen. Zuständig für die Einzahlung der Steuer sind bis auf Weiteres die staatlichen Kreiskassen.

**Die Zwangseinquartierung rechtsgültig.** Die Nationalversammlung hat in diesen Tagen ein Gesetz über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel verabschiedet, durch das ein schärferes Vorgehen der Landesbehörden und der Gemeinden bei der Kontrolle über die Verteilung des vorhandenen Wohnraums und bei der Beschlagnahme von Räumen ermöglicht wird. Das Gesetz bringt ferner zum Ausdruck, daß die bisher von den Gemeinden erlassenen Anordnungen und Maßnahmen gültig gewesen sind und auch weiterhin in Kraft bleiben. Damit steht also insbesondere fest, daß die Gemeinden berechtigt waren, Räume zu beschlagnahmen, und Zwangseinquartierungen vorzunehmen. Die zahlreichen bei den Gerichten schwebenden Prozesse, bei denen es sich um die Gültigkeit solcher Maßnahmen handelt, sind damit nunmehr erledigt. Die Gültigkeit von Beschlagnahmen und Zwangseinquartierungen ist außer Zweifel gestellt. Die bisherige Strafbestimmung der Wohnungsmangelverordnung ist verschärft; wer den Anordnungen der Gemeinde zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit Haft bestraft. Das Gesetz enthält schließlich noch einige Änderungen der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter.

**Die Düngemittel-Not.** Im Saatenstandsbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats von Mitte April 1920 heißt es u. a.: Der Stand der Wintersaaten kann heute in den meisten Gegenden als befriedigend angesehen werden. Doch ist dies beim Roggen noch häufig zweifelhaft. Er zeigt noch hin und wieder Spuren seines im Winter zurückgebliebenen Wachstums. Würde es der Landwirtschaft möglich sein, den Saaten genügend Koppdünger zu geben, würden die Ernteausichten bedeutend besser sein. Doch wird aus landwirtschaftlichen Kreisen mitgeteilt, daß nicht nur die ungenügende Menge an Stickstoffdünger, sondern auch die abnorme Preishöhe derselben viele Landwirte und besonders Bauern dazu bewogen haben, von dem Ankauf von Stickstoffdünger ganz Abstand zu nehmen.

Letzteres trifft ganz besonders für unsere nassauischen Verhältnisse zu. Gar mancher Landwirt wird jetzt die traurige Erfahrung machen müssen, daß den Wintersaaten die im Herbst nicht vorhandenen Düngemittel fehlen. Der Düngerhunger schaut manchen Winterschlägen geradezu aus den Augen. Eine kräftige Frühjahrskopfdüngung könnte hier Wunder wirken. Aber sie ist leider nicht möglich, denn es herrscht eine furchtbare Knappheit an Düngemitteln. Nur ganz unzureichende Mengen stehen zur Verfügung und für diese werden Preise verlangt, daß man keinem Landwirt zumuten kann, Dünger zu kaufen; denn die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse stehen hierzu in keinem Verhältnis. Ein großer Teil der kleineren Landwirte ist auch deshalb nicht der Lage, Düngemittel zu kaufen, weil ihm die notwendigen flüssigen Betriebsmittel fehlen. Der Landwirt muß also wohl oder übel auf die Verwendung des künstlichen Düngers verzichten. Die Folge davon ist natürlich, daß die Ernteerträge geringer werden. Und wer hat darunter zu leiden? Der Bauer gewiß nicht, denn, was er für sich braucht, das wird er auch ohne künstlichen Dünger ernten. Dagegen werden die Brotzationen der übrigen Versorgungsberechtigten um so kleiner werden. Die Frage der Versorgung unserer Landwirtschaft mit künstlichem Dünger ist keine rein landwirtschaftliche Frage mehr, sondern sie ist eine Lebensfrage für das gesamte Volk. Sie ist für die Verbraucher noch bedeutend wichtiger als für die Erzeuger. Deshalb sollten vor allem die großen Städte, die Kommunalverbände und die gesamte Verbraucherschaft mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintreten, daß unsere Regierung endlich dafür sorgt, daß die Stickstoffwerke mit Kohlen beliefert werden und daß dort gearbeitet wird. Nach dem jetzigen Saatenstand könnten wir, weiterhin günstige Witterung vorausgesetzt, eine volle Ernte erzielen, wenn den Landwirten ausreichende und billige Düngemittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Hier ist der Verbraucher Gelegenheit gegeben, selbst mitzuhelfen, daß in dem nächsten Erntejahr billiges Brot in genügenden Mengen zur Verfügung gestellt werden kann.

**Arbeitsmarktbericht des Preisarbeitsnachweises Limburg im Monat April 1920.** Die bereits im Monat März eingetretene Besserung der Arbeitsmarktlage hielt auch im April an. Die Kohlenbelieferung war im allgemeinen als ge-

bessert zu bezeichnen und beeinflusste die Industriebetriebe recht günstig. Die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen hatten Zurückhaltung von Aufträgen zur Folge. Im Holz und Bekleidungs-gewerbe ließ die Kaufkraft des Publikums nach. Die Landwirtschaft konnte vollauf mit männl. Arbeitskräften versehen werden, dagegen mangelt es an landw. weiblichen Dienstboten. Im Bergbau trat ein Rückgang von offenen Stellen ein. In der Industrie der Steine und Erden war die Nachfrage nach Arbeitskräften recht lebhaft. Größere Einstellungen erfolgten in Kalksteinbrüchen, Kalksteinbrennereien und Ziegeleien des Kreises Limburg, Doers- und Unterlahn. Das Metallgewerbe war wieder stärker aufnahmefähig, während der Bedarf an Schlossern fast restlos gedeckt wurde, blieben ein Teil Formerstellen unbesetzt. Im Holzgewerbe ging Ende des Monats eine Nachfrage nach Möbeltischlern infolge Zurückhaltung von Aufträgen zurück. Im Bekleidungs-gewerbe hielt sich der Bedarf an Schneidern und Schuhmachern in bescheidenen Grenzen. Das Baugewerbe zeigte im wirtschaftlichen Gebiet des Arbeitsnachweises im April gegen den Vormonat keine Besserung. Eine größere Anzahl Maurer und Stuckateure waren zur Annahme auswärtiger Arbeitsstellen gezwungen. Die Vermittlung hatte infolge Mangel an Unterkunft mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Für Maschinisten und Heizer war reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden. Die Handelsfirmen hielten mit Neueinstellungen von Personal zurück. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse für Bewerber der Lebensmittel- und Manufakturwarenbranche. Die Lehrstellenvermittlung wurde stark in Anspruch genommen. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt konnte der Bedarf an Hausangestellten trotz gesteigerter Löhne nicht befriedigt werden. Es meldeten sich im April insgesamt 631 Arbeitsuchende (im März 496); offene Stellen waren verfügbar 1255 (im März 799); 632 Vermittlungen kamen zustande (im Vormonat 518). Nach den Geschlechtern gegliedert suchten 592 (im Vormonat 449) Männer um Arbeit nach. 1164 (im Monat März 692) freie Arbeitsplätze waren verfügbar, 598 (im Vormonat 478) Personen wurden in Arbeit gebracht. Den 39 (im Vormonat 47) sich meldenden Frauen standen 91 (im März 107) offene Stellen gegenüber, während 34 (im Monat März 40) weibliche Arbeitsvermittlungen erledigt wurden.

**Sinkende Preise auf den Zuchtschweinemärkten.** Wie aus Kassel gemeldet wird, zeigte der dortige große monatliche Zuchtschweinemarkt weiter sinkende Tendenz der Preisgestaltung. Der Rückgang beträgt gegen den Vormonat bis zu 50 %.

#### Aus Nah und Fern.

**Weklar, 5. Mai.** (Transaktion.) Wie die „Frankfr. Stg.“ vom 1. Mai schreibt, bestätigt sich das Gerücht, wonach die Buderus'schen Eisenwerke zusammen mit den Röchling'schen Eisen- und Stahlwerken G. m. b. H. in Völklingen die Errichtung eines neuen großen Edelfahlwerks in Weklar, und zwar in der Form einer Aktiengesellschaft, die mit 30 Millionen Grundkapital ausgestattet werden soll, in Aussicht nehmen. — Wie dem Jahresbericht der Buderus'schen Eisenwerke zu entnehmen ist, erreichte beim Roheisenverband im Jahre 1919 die Roheisen-erzeugung infolge der Knappheit an Koks, Erzen usw. nur noch 45,16 Proz. der rechnungsmäßigen Beteiligung der Werke.

#### Sonntags-Fahrplan.

|                             |                        |
|-----------------------------|------------------------|
| Von Westerburg nach Limburg | 9 <sup>45</sup> vorm.  |
| " " nach Altkirchen         | 4 <sup>59</sup> nachm. |
| " " nach Altkirchen         | 9 <sup>46</sup> vorm.  |
| " " nach Montabaur          | 4 <sup>57</sup> nachm. |
| " Montabaur                 | 9 <sup>50</sup> vorm.  |
| " Herborn                   | 4 <sup>50</sup> nachm. |
| Westerburg nach Herborn     | 9 <sup>08</sup> vorm.  |
| " " nach Rennerod           | 1 <sup>23</sup> nachm. |
| " " nach Rennerod           | 5 <sup>53</sup> nachm. |

Wo gehen wir am Himmelfahrtstag hin?

Auf nach Westerburg!

Dortselbst steht auf dem Marktplatz

Klenßers Riesen - Spiegel - Schankel.

Zur flotten Benutzung ladet ein

Der Unternehmer: Wilh. Klenßer.

Frische Seefische angekommen.

Karl Jung, Westerburg, Wilhelmstr. 21.